

Wie die Umwelt schützen?

Umweltminister Lucien Lux im Gespräch mit Schülerinnen der Privatschule Fieldgen

Im Rahmen eines Comenius-Projektes beschäftigt sich die 12. Klasse der Division administrative & commerciale der Privatschule Fieldgen mit dem Thema „Développement de l’habitat et protection de l’environnement“. Ging es den Schülerinnen letztes Jahr darum, das Zustandekommen des Kyoto-Protokolls und die Luxemburger Gesetzgebung in diesem Bereich zu analysieren, so wurde dieses Jahr eine Informationsversammlung mit Umweltminister Lucien Lux organisiert. Dabei entstand folgendes Interview.

Herr Lux, wie steht es momentan in Luxemburg mit dem ökologischen Bauen und wie viel Prozent der Neubauten sind nach ökologischen Kriterien gebaut?

Lucien Lux: Energieeffizientes Bauen ist ein enorm wichtiger Bestandteil der luxemburgischen Klimaschutzpolitik. Je mehr ein Haus Heizöl, Erdgas oder Strom (Energien, die auf Basis fossiler Quellen produziert werden) verbraucht, um geheizt bzw. gekühlt zu werden, desto mehr CO₂-Emissionen verursacht es. Energiesparen durch eine effizientere Nutzung der Energie steht also im Zentrum all unserer Bemühungen; das gilt übrigens auch für Autos, bei denen ebenfalls ein großes Einsparpotenzial besteht.

Durch unsere verbesserten Beihilfen erwarten wir uns, dass in den nächsten Jahren die Zahl der neuen Niedrig- und Passivhäuser beständig zunimmt. Im Moment profitieren etwa 50 Häuser pro Jahr von diesen Subventionen; in den nächsten Jahren sollen es sogar um die 120 Einfamilienhäuser pro Jahr werden, was ungefähr 10% der Neubauten darstellen würde.

Unter ökologischem Bauen kann man aber auch das Verwenden ökologischer Materialien und eine Reihe anderer Kriterien verstehen. So hat z. B. der Mouvement écologique, zusammen mit dem Oeko-Zenter, dem Wohnungsbauministerium und mit der Unterstützung des Umweltministeriums das Projekt „Gréng Hausnummer“ gestartet. Nachhaltiges Bauen bedeutet, dass man heute mit den Ressourcen wie Energie, Wasser oder Boden

so haushalten soll, dass die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen erhalten bleibt. Die „Gréng Hausnummer“ möchte die Vielschichtigkeit des nachhaltigen Bauens bewusst machen und verstehen helfen. Immer noch kommt der Auswahl der Baustoffe eine wichtige Bedeutung zu. Neben dem schadstoffarmen Bauen werden nun aber auch der Energieeinsatz bzw. der Treibhauseffekt beachtet, die bei der Herstellung von Baustoffen entstehen. Energie, Wasser und Boden für zukünftige Generationen bereitzuhalten gelingt nur, wenn wir heute so sparsam und schonend damit umgehen, wie es nur irgendwie möglich ist. All diese Aspekte werden in dem Projekt „Gréng Hausnummer“ zusammengefasst und behandelt.

Anhand einer vierseitigen Checkliste kann jeder selbst sein Wohnhaus in Bezug auf folgende Kriterien bewerten. Hier einige Punkte:

- Welche Materialien wurden beim Hausbau bzw. beim Innenausbau benutzt?
- Wie viel Wasser und Strom verbrauchen Sie?
- Wie energieeffizient und wassersparend funktioniert Ihr Haus?
- Ist Ihre Wohnweise als flächensparend zu betrachten?
- Wie naturnah ist die Gestaltung des Wohnumfeldes?
- Wie gut ist die Anbindung an den öffentlichen Transport?

„Nachhaltiges Bauen bedeutet, dass man heute mit den Ressourcen wie Energie, Wasser oder Boden so haushalten soll, dass die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen erhalten bleibt.“

Was sind Vor- und Nachteile des ökologischen Bauens?

L. L.: Immer mehr Menschen interessieren sich in Luxemburg für Niedrig- oder Passivhäuser. Das steigende Bewusstsein, dass jeder etwas zum Klimaschutz beitragen kann und soll, die ständig steigenden Ölpreise, die konsequente Informations- und Sensibilisierungsarbeit, die gemacht wird, tragen sicher etwas dazu bei.

Es gibt viele gute Gründe, sich für eine energiesparende Bauweise zu entscheiden und darin zu investieren:

- ein hoher Wohnkomfort,
- eine kostengünstigere Lebensweise (weil weniger Energie verbraucht wird),
- das Haus behält einen höheren Wert als ein schlecht isoliertes Haus (Beleg des Energieverbrauchs des Hauses durch den sogenannten Energiepass)
- und selbstverständlich ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz durch schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Beim Niedrigenergiehaus liegt der Heizenergiebedarf bei 30 bis 50% unter dem Standardneubau, beim Passivhaus sogar bei 85%. Charakteristiken von Niedrigenergiehäusern sind:

- eine gute isolierte Gebäudehülle (Außenmauern, Fenster, Dach, Kellerbereich),
- eine kompakte Bauweise, eine Ausrichtung der Aufenthaltsräume nach Süden für eine optimale Nutzung der Sonnenenergie (Wärme und Licht),
- eine luftdichte Gebäudehülle für eine kontrollierte Frischluftzufuhr mit Wärmerückgewinnung.

Beim Passivhaus werden diese Elemente noch konsequenter durchgeführt, mit noch besserem Isolationsmaterial. Dazu kommt, dass bei diesen Häusern auf leistungsstarke Techniken zurückgegriffen wird. So wird z. B. die Heizung durch eine solarthermische Anlage unterstützt (für die Warmwasserzubereitung), Wärmepumpen können eingesetzt werden oder es kann auf eine Holzpelletsheizung zurückgegriffen werden. Bei einem Passivhaus ist der Energiebedarf in der Regel so gering, dass man auf eine konventionelle Heizungsanlage verzichten kann.

Es ist klar, dass Niedrigenergie- und Passivhäuser höhere Investitionen verlangen (ungefähr 5% Mehrkosten beim Niedrigenergiehaus; 10-15% Mehrkosten beim Passivhaus), doch man darf nicht vergessen, dass man dann während eines langen Zeitraumes viel Energie und Geld spart. Darum ist ein Niedrigenergie- oder Passivhaus sicherlich eine Investition, die sich lohnt, besonders weil der Staat auch noch substantielle Beihilfen gibt.



Viertel Vauban in Freiburg im Breisgau (www.vauban.de)

Wie wird ökologisches Bauen vom Staat unterstützt? Gibt es finanzielle Unterstützungen?

L. L.: Am 1.1.2008 hat die Regierung ein neues Subventionsregime eingeführt, das verstärkt Wert auf den energiesparenden Neubau, besonders das Passivhaus, legt, aber auch, und das ist eine große Neuerung, vereinfachte und verbesserte Unterstützung für Menschen vorsieht, die ihr bestehendes Haus in diesem Sinne sanieren wollen. Selbstverständlich wird alternative Heiztechnik auf Basis erneuerbarer Energien auch weiterhin unterstützt.

Bei einem Niedrigenergiehaus mit einer Wohnfläche von 170 m² kann man etwa 15 000 Euro Beihilfe bekommen, wenn man z. B. eine Holzpelletsheizung und eine thermische Solaranlage installiert. Bei einem Passivhaus (mit thermischer Solaranlage und Erdwärmepumpe) von der gleichen Größe liegt die staatliche Unterstützung sogar bei rund 35 000 Euro. Bei einer kompletten Sanierung eines herkömmlichen Hauses (Isolierung von Außenwand, Dach und Keller, neue Fenster mit Doppel- oder Dreifachverglasung, Installation einer Holzpelletsheizung und einer thermischen Solaranlage zur Heizungsunterstützung) kann man eine finanzielle Hilfe von rund 20 000 Euro erhalten.

Was sind Ihre Strategien, die Menschen zum ökologischen Bauen zu überzeugen?

L. L.: Gute Subventionen alleine reichen sicherlich nicht aus. Eine verstärkte Information, Sensibilisierung und Beratung spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Seit letztem Herbst läuft eine Sensibilisierungskampagne: Eine Broschüre mit Energiespartipps ist im Umweltministerium erhältlich, wir arbeiten mit RTL zusammen und wir haben eine Hotline eingerichtet (Tel. 8002-1190), wo jeder

„Es ist klar, dass Niedrigenergie- und Passivhäuser höhere Investitionen verlangen [...], doch man darf nicht vergessen, dass man dann während eines langen Zeitraumes viel Energie und Geld spart.“

seine Fragen zum Thema Energie stellen kann und wo man von professionellen Energieberatern Hilfe angeboten bekommt. Zusätzlich haben wir vor ein paar Wochen eine Broschüre zu unseren finanziellen Unterstützungen an alle Haushalte im Land verteilt.

Warum werden Solarzellen heute weniger unterstützt als vor zehn Jahren?

L. L.: Das am 1. Januar 2008 angelaufene Regime ist etwas weniger attraktiv als das von 2001, doch ganz klar attraktiver als das vom Jahr 2005. Die heutigen Bedingungen wurden auf Basis der realen Kosten der Solarzellentechnologie gearbeitet. Diese Kosten entwickeln sich selbstverständlich mit der Zeit. Heutzutage bekommt man eine Beihilfe von 30% der Investitionskosten, plus 42 Cent pro Kilowattstunde Strom, die produziert wird, und das während 15 Jahren!

Sind die Verwaltungen und Ministerien eigentlich isoliert? Ist der Staat in dieser Hinsicht ein Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger? Ist z. B. vorgesehen, in dieser oder in der nächsten Legislaturperiode wenigstens das Umweltministerium ökologisch zu renovieren?

L. L.: Die Division de la gestion du patrimoine (DGP) der Verwaltung für öffentliche Gebäude besteht aus einer Gruppe von 35 Personen, die sich um den Unterhalt, die Instandsetzung, die Renovierung und den Umbau von 1 500 Gebäuden kümmert, die zum Immobilien-Vermögen des Staates gehören. Zu diesen Gebäuden gehören u. a. die Gymnasien des Landes, die Büros der Minister, die Verwaltungen und Dienststellen des Staates. Seit 2007 ermöglicht ein neuer Fonds d'entretien et de rénovation (FER) der DGP, seine Funktion besser zu erfüllen. Die jährliche Dotierung des FER beträgt 55 Millionen Euro. Hinzukommen 30 Millionen Euro für eine sechsjährige Periode, die aus dem Fonds de financement des mécanismes de Kyoto stammen und die zur energetischen Abwasserreinigung der Gebäude bestimmt sind. Die Überalterung des Vermögens beträgt 30% und es gibt eine Karenz, was die energetische Abwasserreinigung betrifft, da die meisten Gebäude in den Jahren 1970 bis 1980 erbaut wurden. 2007 wurden 49 Renovierungsprojekte eingeschrieben zu Lasten des Fonds d'investissements publics für einen mehrjährigen Betrag von 197 Millionen Euro. Hierbei sind die 30 Millionen Euro des Kyoto-Fonds noch nicht dazugerechnet.

Was planen Sie und Ihr Ministerium für die Zukunft? Was sind Ihre nächsten konkreten Schritte?

L. L.: Das Umweltministerium wird weiterhin konsequent an der Umsetzung des Klimaschutzaktionsplanes, den die Regierung im April 2006 verabschiedet hat, arbeiten. Dieser Aktionsplan wurde im Mai 2007 durch zehn Bausteine verstärkt. Er beinhaltet Maßnahmen in Bereichen

wie Transport, Bau, Industrie, erneuerbare Energien, Information und Beratung usw.

Wäre ein Viertel wie das Quartier Vauban in Freiburg im Breisgau ein Vorbild für neue Viertel in Luxemburg? Könnte man die Autosteuer zur Unterstützung neuer ökologischer Projekte nutzen?

L. L.: Das Quartier Vauban in Freiburg im Breisgau ist ein ehemaliges Kasernengelände, das sich nun zu einem neuen Stadtteil gewandelt hat. Alle Gebäude wurden entsprechend dem Freiburger Niedrigenergie-Standard errichtet, wobei die etwa 100 Einheiten der Solarsiedlung über das Jahr gerechnet mehr Energie erzeugen sollen als sie selbst verbrauchen. Es gibt einige Passivhäuser, darunter das erste Mehrfamilienhaus in Passivhaus-Bauweise in Deutschland. Die Bevölkerungsdichte von 12 500 Ew./km² ist relativ hoch und entspricht etwa der Dichte in den Innenstadtbezirken vieler deutschen Großstädte. Das Gelände grenzt unmittelbar an einen naturgeschützten Bachlauf mit altem Baumbestand, der ein Biotop für eine Vielzahl seltener Tiere ist.

Wesentliches Merkmal des Vauban-Projekts ist die erweiterte Bürgerbeteiligung durch den Verein Forum Vauban und der Versuch des Vereins, den Stadtteil als nachhaltigen Modellstadtteil zu gestalten. Ein wichtiges Anliegen des Vereins war, ein nachhaltiges Quartier insbesondere auch im Hinblick auf den Verkehr zu realisieren. Das Viertel sollte schnellstmöglich an das Straßennetz von Freiburg angeschlossen werden (seit April 2006 realisiert). Die Haushalte bzw. Bewohner haben die Wahl zwischen autofreiem und stellplatzfreiem Wohnen. In zwei Parkhäusern am Rande des Stadtteils müssen die Bewohner, wenn sie Autohalter sind, einen Parkplatz erwerben. Im Stadtteil selbst darf das Auto nur kurzfristig, z. B. für Be- und Entladen, abgestellt werden. Durch Verzicht auf Stellplätze im Quartier sind die meisten öffentlichen Wohnstraßen für kinderfreundliche Freizeitaktivitäten nutzbar und bieten so zusammen mit den zahlreichen „Grünspangen“ eine besondere urbane Lebensqualität.

Das Quartier Vauban kann sicherlich ein Vorbild in puncto Stadtplanung sein. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch in Luxemburg Maßnahmen getroffen werden, um einige Aspekte zu verbessern. Dazu zählen eine Weiterbildung für Handwerker, Architekten und Ingenieure und eine flächendeckende Information und Beratung u. a. der Agence de l'énergie oder kommunaler Energieberater.

40% der Autosteuer fließen in unseren Klimaschutzfonds und werden für die konkreten Klimaschutzmaßnahmen benutzt, die im In- und Ausland durchgeführt werden.

Wie steht Luxemburg im Vergleich zu anderen EU-Ländern in Sachen Umweltschutz?

L. L.: Luxemburg verfolgt in der EU das ehrgeizigste Ziel hinsichtlich der Reduktion der Treibhausgasemissionen (-28%). Das wird auch in Zukunft kaum anders sein. Wir haben jetzt eine neue Wärmeschutzverordnung, die weitreichende Normen beim Neubau vorschreibt. Wir sind auch eines der ersten Länder, das eine CO₂-Autosteuer eingeführt hat.

Was waren Ihre Gründe, Umweltminister zu werden?

L. L.: Ich muss etwas lächeln bei dieser Frage, denn vor meiner Ernennung zum Umweltminister war mir das Thema Umwelt nie so bewusst wie heute. Meine Interessen lagen eher in den Bereichen Sozial- und Familienpolitik. Ich war außerdem 17 Jahre lang als Bürgermeister tätig und engagierte mich leidenschaftlich für die Schulpolitik. 2004 dann wurde ich gefragt, ob ich Interesse am Posten des Umweltministers hätte. Die zwei darauffolgenden Nächte musste ich diesen Schock erstmal verdauen, weil, wie schon erwähnt, dies nicht so recht mein Spezialgebiet war. Schließlich nahm ich den Posten an und begann, mich gründlich zu informieren. Mittlerweile bin ich überzeugt von dieser Aufgabe und fühle mich in meiner Rolle wohl. Vor allem folgende zwei Aspekte sollten einen interessieren: Erstens, die nachhaltige Entwicklung, d. h., wie schaffen wir es, gleichzeitig in diesem Land wirtschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben, sprich keine Arbeitsplätze zu verlieren sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen, und hohe Umweltstandards sowie soziale Kohäsion zu garantieren; zweitens, sollten wir uns mehr mit dem Thema Klimawandel auseinandersetzen. Ihnen ist es sicherlich auch schon vorgekommen, dass Sie vergessen haben, den Fernseher oder die Lampe im Bad auszuschalten, also unnötige Energie zu vergeuden. Es kommt auf die Kleinigkeiten an. Unsere Gesellschaft nimmt diesen Luxus leider viel zu selbstverständlich. Man vergisst, dass in vielen Entwicklungsländern sauberes Wasser Mangelware ist oder Menschen keinen Strom haben.

In meiner Kindheit gab es keine Spielkonsolen. Wir genossen es, draußen in der Natur herumzutollen. Deswegen habe ich mir dieses Jahr das Ziel gesetzt, den Bürgerinnen und Bürgern die Natur wieder näherzubringen, denn wie viele andere EU-Bürger auch zahlen wir leider einen hohen Preis für unseren Wohlstand, nämlich den Verlust der Natur.

Mich bedrückt außerdem der hohe Ausstoß unseres nationalen Fuhrparks. Es heißt ja so schön: Das liebste Kind des Luxemburgers ist sein Auto. Doch die hohen CO₂-Ausstöße unserer Autos sind eine akute Gefahr für das globale Klima. Man sollte aber nicht nur die negative Seite des Autofahrens erwähnen, viele Menschen benötigen ihr Auto, um auf ihre Arbeit zu fahren, weil sie weit weg wohnen. Dennoch könnten nicht wenige

auf ihr Auto verzichten und auf Bus bzw. Bahn umsteigen.

Den Menschen all diese Aspekte klar zu machen, erfordert Zeit und Kraft. Das ist eine harte, aber auch tolle Herausforderung für einen Umweltminister.

Was tun Sie persönlich für die Umwelt?

L. L.: Zum Beispiel mache ich meine Kinder darauf aufmerksam, wenn sie den Fernseher im Stand-by-Modus lassen. Ich muss zugeben, dass ich vor meinem Amt als Umweltminister kein Umweltaktivist war. Ich will mich also nicht als jemanden hinstellen, der immer schon auf die Umwelt geachtet und Ressourcen geschont hat. Wir haben uns vor gut zwei Jahren eine thermische Solaranlage auf das Dach installieren lassen, um unser Wasser durch die Sonne zu wärmen. Wir haben Energiesparlampen und grünen Strom im ganzen Haus. Auch recyceln wir unseren Müll schon lange.

Manchmal amüsiere ich mich aber abends, durch das Haus zu gehen und zu schauen, wo überall Lampen angeschaltet sind, obwohl man sie nicht braucht. Ich bin überzeugt, dass man 10-15% Energie sparen kann einfach nur dadurch, dass man ein paar kleine Gewohnheiten ändert, indem man z. B. die Lampen ausschaltet wenn man ein Zimmer verlässt, und DVD-Player, Fernseher oder Computer nicht im Stand-by-Modus lässt. Daneben habe ich mir in meiner Funktion als Minister einen Dienstwagen mit einem Hybridmotor angeschafft. Wenn jeder nur ein bisschen seine Gewohnheiten ändern würde, dann könnte Luxemburg einen großen Beitrag für den Umweltschutz leisten.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview fand am 28. Februar 2008 statt und wurde geleitet von Lisa Clement, Claudine Friden, Jill Gras und Sandra Herber.

Viertel Vauban in Freiburg im Breisgau (www.vauban.de)



„Ich muss zugeben, dass ich vor meinem Amt als Umweltminister kein Umweltaktivist war.“